



## Überwachung für alle!

Videokameras in den Straßenbahnen, auf öffentlichen Plätzen, im Fußballstadion, im Konsumladen, bei Demonstrationen oder bei FreundInnen auf der Toilette. Mensch sieht sie nicht, und will sie auch nicht sehen. Wir haben uns daran gewöhnt. Und schließlich dient es ja unserer Sicherheit. Dass

dem nicht so ist und einige Leute keine Lust mehr darauf haben, 24 Stunden am Tag dem Staat Rechenschaft über ihr Tun abzulegen, zeigt diese neue Ausgabe des IGELs.

Auf der LMV in Goslar wurden wir, Sarah Zietz, Sven Kindler, Jenny Renzsch und Thomas Meister, in die Redaktion gewählt und geben mit dieser Qualitätszeitung unser Erstlingswerk ab.

Artikel über Datenschutz, ausufernde Sicherheitskompetenzen oder PatientInnenverfügungen werden euch zum Titel geboten. Dazu gibt es auch das Promi-Interview mit dem niedersächsischen Datenschutzbeauftragten.

Weiterhin ist politisch auch noch ei-

niges anderes passiert. Mensch denke nur an Müntes hypergenialen Coup mit den Neuwahlen. Wie die GRÜNE JUGEND jetzt den Wahlkampf auf die Beine stellt und warum Marius-Müller-Westernhagen ein alter Kohlekumpel ist, könnt ihr hier lesen. Auch in unserem Verband läuft so manches. Höhepunkt war die Hochschul-LMV in Goslar, wo ein neuer Landesvorstand gewählt wurde. Und auch gegen rechtsradikale RattenfängerInnen setzt sich die GRÜNE JUGEND zur Wehr.

Abschließend wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen und hoffen, dass unsere erste Ausgabe eure Zustimmung findet. Wenigstens werdet ihr dann wissen, was die alles über uns wissen.

*Eure Redaktion*

## Inhalt

### Titel - Sicher in die Zukunft

Hinterlassene Spuren	3
Wo hört 's auf	4
Die Polizei hat immer Recht	6
Promi-Gespräch	7
Freedom under fire	9
Selbstbestimmt sterben?	10
Die Akte Jörn W.	11

### Thema

Arbeitsplätze vs. Umweltschutz	13
Hört das denn nie auf?	14

### Intern

Stachelig in den Wahlkampf	15
Das Menschenrecht auf die Ware Bildung	16
Wilder Haufen	18
LaVo Bericht	19
Basisgruppenticker	20
Adressen & Termine	22
Einladungen und Impressum	23

## Was'n GJN?

GJN, das ist der Landesverband der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen. Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 28 Jahren politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei, tragen junge Positionen in die Gesellschaft.

Die GJN ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen.

Wenn auch Du all dies bewirken willst, dann komm zur GJN!

# Hinterlassene Spuren

**Im Zuge des Kampfes gegen den Terror und des zunehmenden Sicherheitswahn der PolitikerInnen werden die BürgerInnenrechte immer weiter eingeschränkt. Wo bleiben dabei Datenschutz und Privatsphäre?**

JENNY RENZSCH

Am 15.12.1983 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu den allgemeinen Persönlichkeitsrechten gehört, abgeleitet aus der Menschenwürde und dem Recht auf Handlungsfreiheit. Weiterhin gibt es seit 1981 die Europäische Datenschutzrichtlinie, welche besagt, dass auf jeder Ebene im Öffentlichen Dienst die personenbezogene Daten von einem/einer Datenschutzbeauftragtem/Datenschutzbeauftragten verarbeitet werden müssen und selbst nicht-öffentliche Stellen sind verpflichtet eineN DatenschutzbeauftragteN zu bestellen, wenn mehr als 5 MitarbeiterInnen mit der Verarbeitung der Daten beschäftigt sind.

Eine scheinbar perfekt geschützte Privatsphäre in einem Land in dem täglich große Mengen an Daten über jedeN EinzelneN von staatlicher und privater Seite gesammelt werden.

Wirft mensch einen Blick in das Telekommunikationsgesetz, springt einem/einer als erstes das Fernmeldegeheimnis ins Auge. Der erste Abschnitt besagt:

"Dem Fernmeldegeheimnis unterliegen der Inhalt der Telekommunikation und ihre näheren Umstände, insbesondere die Tatsache, ob jemand an einem Telekommunikationsvorgang beteiligt ist oder war. Das Fernmeldegeheimnis erstreckt sich auch auf die näheren Umstände erfolgloser Verbindungsversuche." Interessant wird es einige Absätze weiter, da hier die Einschränkung folgt, dass die Telekommu-

nikationsunternehmen verpflichtet sind, ihre Protokolldaten, "den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden, den Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder für Zwecke der Gefahrenabwehr, dem Zollkriminalamt und den Zollfahndungsämtern, den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Bundesnachrichtendienst, den Notrufabfragestellen, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie den nach Landesrecht für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständigen Behörden über zentrale Abfragestellen" zur Verfügung zu stellen und die Verbindungsdaten 12 Monate lang zu speichern. Auf diese ganzen Daten wird natürlich nur im Verdachtsfall zurückgegriffen und Daten, die nicht benötigt werden, werden auch wieder gelöscht, nur entscheidet die Behörde, die die Daten abgerufen hat, welche sie benötigt. Das Ergebnis ist ein Generalverdacht gegen die gesamte Bevölkerung.

Ebenfalls in den Bereich Generalverdacht fällt die Möglichkeit öffentliche Plätze optisch überwachen zu lassen, wenn dies zur Aufgabenerfüllung öffentlicher Stellen, zur Wahrnehmung des Hausrechts oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen für konkret festgelegte Zwecke nötig ist. Wenn mensch die Möglichkeit der Videoüberwachung (z.B. Fußballstadien) auch noch mit den neuen Reisepässen kombiniert, ist es möglich ein recht genaues Bewegungsprofil im öffentlichen Raum zu erstellen.

Damit ist die Privatsphäre weder im öffentlichen Raum, noch beim Telefonieren oder im Internet gegeben. Der letzte Raum, der noch bleibt ist die eigene Wohnung. Auch hier sollten staatliche Stellen eindringen dürfen und



Der SPUNK 2001: Otto-Katalog.

selbst Privaträume abhören dürfen. Der Große Lauschangriff wurde jedoch durch das Bundesverfassungsgericht gekippt. In der neuen Fassung darf nur dann zugehört werden, wenn nicht über private Themen geredet wird. Das Abhören von Privaträumen bleibt aber weiter möglich.

Die VerfechterInnen von mehr Überwachung argumentieren immer, dass diejenigen, die nichts zu verbergen haben auch nichts zu befürchten hätten, und dass das Sammeln von Daten doch nur zu einer verbesserten öffentlichen Sicherheit beitragen soll. Hier wird das Risiko übersehen in falschen Verdacht zu geraten, nur weil mensch zur falschen Zeit am falschen Ort war oder mit der falschen Person geredet hat.

Letztendlich stellt sich die Frage nach unserem Staatverständnis: Wollen wir einen Staat der versucht möglichst alles zu kontrollieren und in jedem/jeder BürgerIn eineN potentielleN FeindIn sieht, oder eine Gesellschaft die die Grundrechte des/der Einzelnen hochhält und nicht bei dem Versuch ein unmögliches Maß an Sicherheit zu gewährleisten, vergisst was es eigentlich zu sichern gilt, unsere Freiheit und die Menschenrechte.



Jenny Renzsch, 20, studiert Umweltwissenschaften und ist IGEL-Redakteurin.



## Wo hört's auf?



**An der Frage, wie weit eine geäußerte Meinung gehen darf, scheiden sich seit je her die Geister. In der Geschichte der Bundesrepublik hat die Auseinandersetzung zwischen dem wichtigen Verfassungsgut der Meinungsfreiheit und dem Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung eine lange Tradition.**

JAN PHILIPP ALBRECHT

Wer in der ersten Jahreshälfte die Diskussion über Demonstrationsverbote für Neonazis und erneuten Überlegungen eines NPD-Verbotes aufmerksam verfolgt hat, wird sich vielleicht gefragt haben, wo eigentlich die Grenze zwischen Verbot der Meinungsäußerung und der Einräumung eines Demonstrationsrechts liegt. Zunächst einmal ist festzustellen, dass wir es hier mit zwei Fragen zu tun haben: Zum Einen die rechtliche, also ob und wie weit den Neonazis ihr Recht auf Meinungsäußerung abgesprochen werden darf. Und zum Anderen die politische Frage, ob und wie weit wir dies überhaupt wollen. Wer diese Fra-

gen beantworten will, muss sich bewusst sein, dass die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu den wichtigsten Grundpfeilern unserer Demokratie gehören. Ohne sie wäre der höchste Souverän - das Volk - ohne eigenen Einfluss und bloß unmündiges "Stimmvieh" für die Mächtigen.

### Geschichte des Staatsschutzes

In den 70er Jahren wurde der so genannte Radikalenerlass beschlossen, der es LehrerInnen verbot, politische Bekundungen abzugeben, wie beispielsweise durch das Tragen eines "Atomkraft? Nein Danke!"-Buttons. Damals sollte die Staatstreue der BeamtInnen, also ihre Verpflichtung zur absoluten Neutralität verfolgt werden. Diese Entscheidungen waren starke Einschnitte in die Grundrechte der Gewissens- und Meinungsfreiheit der BeamtInnen. Viele hierdurch mit einem Berufsverbot betroffenen Menschen sahen dies als vollkommen unverhältnismäßig an. Wer heute zu einem Castor-Transport geht, um dort Atomstaat und -industrie seine Ablehnung zu zeigen, wird in seiner Versammlungs-

freiheit eingeschränkt. Auf Grund von Gesetzen und Allgemeinverfügungen sind die konkreten Möglichkeiten, dieses wichtige Grundrecht auszuüben stark beschnitten worden. Auch dies sehen wir als mündige und friedliche GegnerInnen oft als völlig unverhältnismäßig an. Gerade im Frühjahr 2005 hat das Verwaltungsgericht Lüneburg wieder einmal einen Polizeikessel für rechtswidrig erklärt. Es ist ein schmaler Grad, auf dem der Staat wandelt, wenn er seine Interessen und die seiner BürgerInnen schützen und durchsetzen will.

### Die Rolle der Grundrechte

Diese Beispiele zeigen, dass die Frage nach dem Recht auf die Ausübung seiner Grundrechte nicht von einer politischen Abwägung zu trennen ist. Doch genau hier liegt die Gefahr. Denn wenn der Staat die Grundrechte - gerade die wichtigen der Meinungs-, Gewissens- und Versammlungsfreiheit - einschränkt, darf er keine Einzelregelungen für bestimmte Meinungen treffen, sondern muss gleiche Regelungen für alle gelten lassen. Erlässt der Ge-

setzgeber also Regelungen für Meinungsbekundungen oder Demonstrationen, um RechtsextremistInnen die Straße zu verbieten, dann verbietet er sie uns - den GegnerInnen - ebenfalls. Ein Grund, warum auch mit dem neuen Versammlungsrecht rechtsextreme Demonstrationen erlaubt bleiben und die Bekundung ihrer Ansichten nur sehr schwammig beeinträchtigt sind. Mit dem Verbot von Aussagen, die "die Würde der Opfer verletzen" haben wir zwar das Leugnen des Holocausts unterbinden können, doch rechtsextremes Gedankengut kann auch weiterhin ungehindert auf anderem Wege propagiert werden. Letztendlich machen es sich viele PolitikerInnen durch eine solche gesetzliche Regelung sehr einfach, dies als Schlussstrich unter ihren Bemühungen zu sehen.

### Wie weit Verbote gehen dürfen

Um die zu Beginn aufgeworfenen Fragen der rechtlich möglichen wie politisch gewollten Verbote von Meinungsbekundungen zu beantworten: Die Verfassung gewährt Jeder und Jedem Meinungsfreiheit. Diese kann nur auf Grund von Gesetzen eingeschränkt werden, die sich nicht gegen eine bestimmte Meinung oder die Meinungsfreiheit an sich wenden. Es ist also nicht erlaubt, Nazi-Parolen unter Strafe zu stellen oder jemanden daran zu hindern, sie zu äußern. Auch Versammlungen können nicht einfach verboten werden, weil dort solche Bekundungen geäußert werden. Erst wenn gewalttätige Ausschreitungen zu erwarten sind, kann der Staat Demos verbieten oder auflösen. Wenn die Parteien im Parlament allgemeine Gesetze zum Schutz der Verfassung erlassen, um Rechtsextreme zurückzudrängen, dann treffen diese auch schnell andere Minderheiten, wie zum Beispiel CASTOR-GegnerInnen oder Friedensdemonstranten. Und dieser Effekt ist manchen PolitikerInnen gar nicht so unlieb. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung können sie so endlich auch unliebsamen Linken und



Das Einschränken von Meinungs- und Versammlungsfreiheit kann auch uns treffen...

NonkonformistInnen an den Kragen gehen.

### Der Rechtsstaat auf der Probe

Dabei gehen einige PolitikerInnen gar so weit, die Faschismus-Bekämpfung zur Extremismusbekämpfung umzumünzen und wollen - wie beispielsweise Brandenburgs Innenminister Schönbohm - gar nicht gegen rechtes Gedankengut vorgehen. Im Gegenteil: Derselbe gab der rechtsextremen Zeitung "Junge Freiheit" sogar ein Interview, indem er sich dafür aussprach endlich den Kampf gegen Rechts zu beenden und dafür nur noch die gewalttätige Extreme zu bekämpfen. Und dies war gerade nicht im rechtlichen, sondern im politischen Sinne gemeint! Dabei wäre es genau umgekehrt richtig: Verbote für ExtremistInnen, die gewalttätig und real verfassungsfeindlich agieren, und starkes politisches Vorgehen gegen das rechte Gedankengut in

der Gesellschaft. Wer dies wörtlich nimmt, sollte endlich erkennen, dass die NPD mit ihren Verbindungen zu höchst gewaltbereiten Kameradschaften einer erneuten Verbotsprüfung unterzogen werden muss. Ein solches Verbot ist dabei das letzte Mittel. Denn grundsätzlich gilt, dass der Rechtsstaat sich an seinen Feinden bewähren muss. Viel wichtiger ist: Die demokratischen Parteien in Deutschland müssen in ihren eigenen Reihen offen und laut gegen die faschistischen Strömungen vorgehen, die sich gerade bei den Volksparteien zunehmend etablieren. Wehret den Anfängen!



**Jan Philipp Albrecht, 22, studiert Jura in Bremen, ist SPUNK-Redakteur und gern ein Niedersachse.**





# Die Polizei hat immer Recht



**"Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren." - Benjamin Franklin (1706 - 1790)**

THOMAS MEISTER

Besser bekannt ist wohl das Zitat "Big Brother is watching you." Im Gegensatz zu den heutigen Möglichkeiten dürften die Theorien von Orwell einem Kinderbuch gleichkommen. Das niedersächsische Polizeigesetz, welches letztens von der CDU/FDP - Regierung erlassen wurde, setzt dem Staat fast keine Grenzen mehr. Es ist der Polizei nun möglich, Telefonate abzu hören, ohne dafür eine besondere Erlaubnis zu haben. Begründet wird dies damit, dass somit auch Opfer geschützt werden können. Nun frage ich mich, ob Opfer überhaupt davon profitieren würden. Woher soll mensch überhaupt wissen, welches Opfer der Täter/die Täterin sich überhaupt ausgesucht, bzw. wo er/sie seine/ihre Aktionen geplant hat. Dazu erscheint es grundsätzlich sinnvoll, Lauschangriffe bei TäterInnen durchzuführen. Und diese Möglichkeit besteht auch schon seit der rot - grünen Regierung in Niedersachsen.

Die CDU/FDP - Regierung lässt sich also einen Rahmen offen, um schnell und gezielt bestimmte, unliebsame Bevölkerungsgruppen abhören zu können. Der Eingriff in die bürgerliche Freiheit ist somit enorm und die Kontrolle über die niedersächsische Bevölkerung ebenso.

Zudem besagt das Polizeigesetz, dass ein sogenanntes "Aufenthaltsverbot" gegen bestimmte Individuen und Bevölkerungsgruppen über begrenzte Gebiete verhängt werden kann. War es ursprünglich dazu gedacht, um brisante Aufeinandertreffen von Gruppen in bestimmten Gebieten zu vermeiden, kann es in dieser vagen Ausführung auch gegen Drogenabhängige - denn sie könnten dealen, gegen Sintis und Roma - denn sie könnten klauen, oder gar gegen AusländerInnen - denn sie könnten gegen Strafbestimmungen des Ausländerrechts verstoßen, gerichtet sein. Wie gesagt, es genügt der Polizei schon die bloße Vermutung, um durchzugreifen. Es handelt sich hier, wie auch im Drogen- und Obdachlosenbereich sowie bei An- und Versammlungen letztlich um Instrumente der sozialen und politischen "Säuberung" von Innenstädten, Konsummeilen, bestimmten Stadtteilen, besseren Wohngebieten und Landstrichen: "PunkerInnenfrei", "Junkiefrei", "PenneInnenfrei", "BettlerInnenfrei", "Kurdenfrei"...

Alle Verschärfungen und neuen Gesetze solcher Art stehen unter dem Deckmantel "Terrorismusbekämpfung" oder "Rechtsradikalismus". Ein wichtiger Faktor dabei sind die Medien, die eine Panik im Volk schüren, die gar nicht angebracht ist. Die rechtsradikale Szene war vorher genauso stark, wie sie jetzt auch ist. Trotzdem wird sie jetzt mehr beachtet, damit die Medien

sich besser verkaufen können und die Emotionen der KäuferInnen ansprechen können. Dabei hilft diese ständige Medienpräsenz den rechtsextremen Gruppierungen nur und sorgt dafür, dass diese im Gespräch bleiben und somit bekannter und besser erreichbar sind für leicht beeinflussbare Leute. Das spielt der Bundes- bzw. der Landesregierung in die Hand, die in dieser Panik solche Gesetze bzw. Verschärfungen leichter legitimieren kann. Dass das nicht immer konstruktive Neuerungen sind, zeigen die bereits aufgeführten Beispiele. Außerdem hatte das Land Niedersachsen bereits zuvor schon das härteste Polizeigesetz Deutschlands. Eine Verschärfung war also nicht dringend notwendig, mal abgesehen vom unnützen Ergebnis, das dabei rausgekommen ist.

Es ist für die GRÜNE JUGEND in Niedersachsen nur ein logischer Schluss, dass die Gesetze konsequent abgelehnt werden und die niedersächsische Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen dazu aufgefordert wird, mit aller Energie gegen solche Erlasse und Neuerungen vorzugehen, die dem Land nicht mehr Sicherheit bringen, sondern die Freiheit der Bevölkerung nur einschränkt.



**Thomas Meister, 18, geht in Gifhorn zur Schule und ist IGEL-Redakteur.**

# Für eine sichere Privatsphäre

**Burckhard Nedden, geboren 1944, studierte Jura in Tübingen, Berlin und Göttingen und arbeitet seit 1973 im Staatsdienst, u.a. im Innenministerium. Seit Mitte 1999 ist er Datenschutzbeauftragter des Landes Niedersachsen.**

**DER IGEL: Stichwort "Überwachungsstaat": Was fällt Ihnen dazu ein?**

**Burckhard Nedden:** Die in den letzten Jahren zunehmend ausgeweiteten Befugnisse der Sicherheitsbehörden, wie z.B. die der Polizei oder des Verfassungsschutzes. Insbesondere in Folge der Ereignisse vom 11. September ist überall aufgerüstet wurden. Immer neue Befugnisse zur Überwachung und zur Ausforschung der Bürger sind eingerichtet worden. Nach meiner Beobachtung in einem Maße, bei dem ich ein wenig das Gefühl habe, dass die Gleichgewichte nicht mehr gehalten werden. Es wird zu viel in puncto Schutz der öffentlichen Sicherheit getan und zu wenig in puncto Schutz der Freiheitsrechte.

**Sehen Sie in einem Überwachungsstaat auch irgendwelche Fortschritte?**

**Burckhard Nedden:** Nein, ich sehe darin eine Gefahr. Ich sehe eigentlich nicht, an welchen Stellen diese Instrumente wirklich uneingeschränkt erforderlich gewesen sind. Ein Vorwurf, den wir Datenschützer erheben, ist dass man sich nie die Mühe gemacht hat, zu evaluieren, ob die neuen Erfordernisse auch wirklich erforderlich waren. Zwar gibt es einen Bericht darüber von Herrn Schily, der ist aber nie politisch diskutiert worden. Stattdessen haben wir eine Diskussion, bei der das, was schon da ist, als Bestand genommen und jetzt Weiteres darauf aufgebaut wird. Z.B. wird zur Zeit über die Ausweitung der DNA-Analyse diskutiert.

Darüber hinaus hat Herr Schily angekündigt, dass es im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft großflächige Videoüberwachungen geben wird und das zum ersten Mal mit sogenannten denkenden Kameras. Diese haben auf einem hinterlegten Programm Bilder von Straftätern, die sie mit einzelnen Personen in der Menschenmenge abgleichen können. Meine Sorge dabei ist, dass diese Weltmeisterschaft als Großereignis dazu be-



*Burckhard Nedden*

nutzt wird, um den Bürgern solche Instrumente marktreif und akzeptabel zu machen. Bei diesen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit gehen die individuellen Freiheitsrechte, die der Staat letztlich auch schützen sollte, unter.

**Wird mit solchen Maßnahmen nicht jeder Einzelne zum/zur potentiellen Kriminellen gemacht?**

**Burckhard Nedden:** Ja, denn viele Instrumente differenzieren nicht mehr. In einem großen Umfang werden Unbeteiligte miteinbezogen, dafür ist die Videoüberwachung ein gutes Beispiel. Jeder, der im Visier einer Kamera ist, wird von dieser erfasst. Auch ein wichtiges Thema, das im Moment sehr intensiv diskutiert wird, ist die Vorratsdatenhaltung bezogen auf Telekommunikationsverbindungsdaten. Dabei besteht die Vorstellung, für ein bis drei

Jahre die Daten sämtlicher Telekommunikationsverbindungen aufzuzeichnen. Das ist eine geradezu irrsinnige Menge, die da zusammenkommt. Es gibt zum Glück nicht nur von Bürgerrechtlern und Datenschützern Bedenken, sondern auch die Telekommunikationsunternehmen wehren sich dagegen, weil sie den Aufwand, diese Daten so lange vorrätig zu halten, gar nicht bezahlen können. Letzen Endes würden solche Aufzeichnungen dazu führen, dass Kommunikation vertraulicher Art praktisch nicht mehr möglich wäre.

**Wie groß ist dabei die Gefahr, dass Unschuldige Opfer ständiger Überwachung werden?**

**Burckhard Nedden:** Die Gefahr ist besonders groß in Ländern wie Niedersachsen, die eine präventive Telekommunikationsüberwachung haben, bei der man keinen mit Beweisen belegten Anfangsverdacht einer Straftat mehr braucht, sondern bei der bereits die Annahme reicht, dass jemand eine Straftat begehen wird. Dabei kann natürlich die Situation entstehen, dass die Polizei jemanden im Visier hat und alle, die mit diesem Betreffenden telefonieren, geraten automatisch mit in diesen Filter. Bislang ist von dieser Möglichkeit der präventiven Überwachung jedoch nur in ganz geringem Umfang Gebrauch gemacht wurden, was ja auch zeigt, dass dieses Instrument anscheinend nicht notwendig ist.

**Inwieweit ist eine solche Überwachung überhaupt mit unserer freiheitlichen demokratischen Verfassung vereinbar?**

**Burckhard Nedden:** Diejenigen, die diese erweiterten Sicherheitsbefugnisse geschaffen haben, sagen, sie seien mit der Verfassung vereinbar. Ich persönlich habe Zweifel daran. Das Grundgesetz suggeriert ein Gleichge-





**Fortsetzung des Interviews....**

wicht zwischen den Anforderungen an die öffentliche Sicherheit und dem Bestehen von Bürgerrechten. Dieses Gleichgewicht ist jedoch aus den Fugen geraten. Wir haben durch das Bundesverfassungsgericht immer wieder Hinweise darauf bekommen, denken Sie z.B. an das Urteil zum "Großen Lauschangriff", in dem gesagt wurde, dass ein unbeschränktes Hineinhorchen in die Wohnung nicht erlaubt ist.

Es gibt einen unantastbaren Kernbereich persönlicher Lebensgestaltung, in den auch dann, wenn schwerste Straftaten aufgeklärt werden sollen, nicht hineingehorcht werden darf. Gegenüber der präventiven Telekommunikationsüberwachung in Niedersachsen gibt es ebenfalls eine Verfassungsbeschwerde. Im März hat es beim Bundesverfassungsgericht darüber bereits eine mündliche Verhandlung gegeben, aus der ich den Eindruck gewonnen habe, dass das Gericht diese Regelung kippen wird. Das Urteil soll noch vor der Sommerpause verkündet werden.

**Könnten Sie kurz umreißen, was momentan bezogen auf Überwachung bereits alles möglich, bzw. noch geplant ist?**

**Burckhard Nedden:** Wenn Sie aufmerksam durch die Stadt gehen, werden sie an allen Ecken Videokameras sehen. Die dienen, so ist die offizielle Begründung, überwiegend der Verkehrsüberwachung. Technisch sind sie jedoch so ausgestattet, dass man sie schwenken und zoomen kann, d.h. man kann sie so scharf stellen, dass einzelne Personen und Gesichter zu erfassen sind. Auch in Kaufhäusern, Tankstellen und Bahnhöfen hängen überall Kameras. Damit ist Videoüberwachung ein Instrument, das bereits flächendeckend eingesetzt wird.

Im Zusammenhang mit den neuen biometrischen Pässen werden erstmals biometrische Merkmale in den Ausweispapieren verankert. Meine große Sorge ist, dass es da Rückkopplungen gibt, d.h. dass man langfristig diese biometrischen Merkmale in zentralen Dateien abspeichert, was momentan noch verboten ist. Unter Zugriff auf diese zentralen Dateien kann man

dann sogar denkende Kameras einsetzen, die Sie in einer Menschenmenge sofort identifizieren könnten.

Nach Plänen der CDU soll die DNA-Analyse in gleichem Umfang wie der herkömmliche Fingerabdruck eingesetzt werden. Würde man diese DNA-Daten wiederum mit anderen Dateien koppeln, wäre es durchaus möglich, dass sogar Arbeitgeber und Versicherungen Zugriff auf diese Daten hätten. Auch die Wirtschaft beteiligt sich mit Kundenkarten kräftig an der Sammlung von Daten. Diese Karten sind nichts weiter als eine Methode, um an Informationen zu kommen. Auf diese Weise machen die Leute ihr gesamtes Kaufverhalten transparent und dauerhaft nachvollziehbar. Führt man sich all dies vor Augen, ergibt sich ein Szenario, das mir jedenfalls große Sorgen bereitet.

**Wir danken für das Gespräch.**



**Sarah Zietz, 18, geht in Hannover zur Schule und ist die Interviewexpertin des IGELs.**



# Freedom under fire

**Am 11. September 2001 wurden die USA Opfer des größten Terroranschlags der neueren Geschichte und deren EinwohnerInnen wurden eines Gefühls beraubt, dass für andere Völker völlig fremd ist. Die Gewissheit gegen Angriffe von außen immun zu sein, gab den Menschen eine Illusion der Sicherheit, die nun schlagartig verschwunden war. Unverständnis, Schock und Panik waren die Reaktionen. In der Bevölkerung wie in der Politik.**

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

Justizminister John Ashcroft und andere Antiliberaler holten kurz nach den Anschlägen zum Gegenschlag aus. Jahrelang schon schlummerten die Vorschläge zur massiven Einschränkung der BürgerInnenrechte in den Schubladen von FBI, CIA & Co., jetzt konnten sie endlich im schnell durch das Parlament gepeitschten Patriot Act Gesetzesrealität werden. Klausel 215 gibt den Sicherheitsbehörden die Möglichkeit, jegliche Aufzeichnungen über eine verdächtige Person zu beschlagnahmen. Eine konkrete Ermittlung muss nicht vorliegen und sollte es eine Ermittlung geben, müssen die konfiszierten Daten auch nicht mit dieser in Verbindung stehen. Das FBI weiß schon am besten, wer ein potentieller TerroristIn ist. Zwar muss ein RichterIn diese Maßnahme absegnen, aber bis zum heutigen Zeitpunkt wurde die Erlaubnis nur ein paar Mal verwehrt. Von diesem massiven Eingriff in die Privatsphäre erfährt die betroffene Person nichts.

## Daten freigegeben

Aber wo auch RichterInnen? Völlig altmodisch, dauert viel zu lange vorher fragen zu müssen. Deshalb hat das FBI auch das Recht bei Firmen in der freien Wirtschaft an vertrauliche Daten

von vermeintlichen Verdächtigen ohne richterliche Genehmigung zu kommen. Mit einem so genannten National Security Letter (NSL) werden die Internetprovider gezwungen die Daten ihrer Kunden preiszugeben, ohne dass diese davon unterrichtet werden dürfen. Auch deutsche Kunden bei amerikanischen Providern müssen mit der Abfrage ihrer Daten rechnen. Also, solltet ihr bei AOL sein und macht euch in Chats über George W. Intellekt mit Verweis auf ein Zitat aus "Stupid White Man" lustig, würde ich bei der nächsten USA-Reise mich von Zeit zu Zeit mal umgucken. Es könnte sein, dass euch ein paar bullige Herren in schwarzen Anzügen betont unauffällig hinterher gehen.

## AusländerInnen = TerroristInnen

Nach dem 11. September breitete sich im Land eine starke xenophobe Stimmung aus. Da die Attentäter Muslime aus dem Nahen Osten waren,



Es geht weiter...

wirkte jeder verdächtig, der fünfmal am Tag nach Mekka bat, einen Vollbart hatte und Mohammed hieß. Es reichte aber auch aus, nur entfernt wie ein Araber auszusehen. Diese Fremdenfeindlichkeit schlug sich im Patriot Act nieder. Die Exekutive konnte AusländerInnen ohne richterliche Genehmigung inhaftieren. Monatlang wurden mehrere Tausend Verdächtige ohne

das Recht auf anwaltliche Beratung an unbekanntem Orten verhört, in den allermeisten Fällen lag keine Anklage vor. Verlangten Gerichte von der Regierung die Freigabe der Daten und den Aufenthaltsort der Inhaftierten, wurde dieses unter Verweis auf Sicherheitsaspekte verweigert. Anscheinend hat das hohe demokratische Prinzip der Gewaltenteilung in Zeiten von Krieg und Terror keine allzu große Bedeutung mehr. Überlegt wird weiterhin im Rahmen des Patriot Act 2 nur auf Beschluss des Justizministers/der Justizministerin AusländerInnen, welche die nationale Sicherheit gefährden, des Landes zu verweisen. Auch US-BürgerInnen sollen, wenn sie nach Meinung des Justizministeriums in Verdacht stehen Kontakt zu terroristischen Vereinigungen zu haben, ausgebürgert und in ein beliebiges Land abgeschoben werden, ganz gleich, ob dort die Menschenrechte eingehalten werden oder stabile Verhältnisse herrschen. Für diese Maßnahmen sollen ebenfalls keine richterlichen Entscheidungen nötig sein.

## Widerstand gegen Patriot Act

Doch auch angesichts dieser dramatischen Einschränkungen der durch die Verfassung geschützten Privatsphäre gibt es noch Anlass zur Hoffnung. BürgerrechtlerInnen machen Druck, BibliothekarInnen und BuchhändlerInnen wehren sich massiv gegen Einsicht in ihren Kundendateien und auch in beiden politischen Lagern regt sich Widerstand und die Verlängerung der Bestimmungen des Patriot Acts zum Ende dieses Jahres wird noch für gehörigen Streit sorgen. Bei dieser Frage geht es um die Glaubwürdigkeit der USA. Wer vorgibt für die Freiheit in aller Welt zu kämpfen, sollte sie zu Hause nicht abschaffen.



**Sven-Christian Kindler, 20, ist IGEL-Koordinator und wird so schnell nicht in die USA reisen.**





# Selbstbestimmt sterben?

**Nachdem vor ein paar Monaten Terri Schiavo gestorben ist, sollte die Diskussion weiter gehen. Ein Bericht über den Rechtszustand.**

JULIANE SEIBERT

Nun war sie einmal in vollem Gange: Die Diskussion, die keine R führen wollte, die Diskussion über den Tod. Die aber auch eine Diskussion über das Leben ist. Und über Selbstbestimmung. In den USA gab es eine Protestflut, weil das Parlament versuchte, gesetzlich zu verbieten, dass Terri Schiavo die lebenserhaltende Sonde entfernt würde. Aber genauso gab es dann eine Protestflut, als die Sonde doch entfernt wurde. Das Land war "gespalten". Dabei verschwendete niemand auch nur einen Gedanken daran, wie viele Menschen in den letzten Jahren durch Kriege starben. Es vermittelte ein wenig das Gefühl, als sei das Leben einer Amerikanerin mehr wert, als das Leben tausender IrakerInnen. Zum anderen fragte ich mich, ob ich begeistert wäre, würden solche Bilder von mir in sämtlichen Medien ausgestrahlt.

Nach dem Ableben Terri Schiavos appellierte George Bush, der Kleinere, an diejenigen, die für Terris "Leben" gekämpft hatten, diese "Kultur des Lebens" aufrechtzuerhalten. Doch wie pflegt man eigentlich die "Kultur des Lebens"? Heißt das „wie in diesem Falle, Leben um jeden Preis? Heißt das, dass Angehörige kein Recht haben, Abschied zu nehmen und dass das Wort eines Ehepartners nichts gilt? Denn das wollten doch diese von George Bush gelobten Menschen oder habe ich da nur irgendetwas nicht verstanden?

Und was ist eigentlich Leben? Das Leben ist der Zeitraum zwischen Geburt und Tod. Da ist es wieder, das böse Wort, dass manche Menschen anscheinend gerne aus allen Wörterbü-

chern streichen würden. Tod. Nur: Sind Leben und Tod nicht untrennbar verbunden? Muss mensch sich damit nicht automatisch auseinandersetzen?

Aber ich habe euch ja einen Bericht über den Rechtszustand versprochen, also wechseln wir jetzt einmal den Ort des Schauspiels. Nehmen wir mal an, das ganze wäre in Deutschland passiert und Terri Schiavo hätte noch dazu eine PatientInnenverfügung gehabt. Hätte ihr die PatientInnenverfügung irgendetwas genützt? Wahrscheinlich nicht, weil derartige Fälle nicht eindeutig juristisch geregelt sind. Was mit einer/m PatientIn geschieht, liegt in den Händen des Arztes/der Ärztin und des Betreuers/der Betreuerin. Verfasse ich nun also meine eigene PatientInnenverfügung, kann ich nicht zwingend damit rechnen, dass sich im Ernstfall irgendetwas daran hält.

Es steht zwar im Grundgesetz, dass die Rechte der Freiheit der Person unverletzlich seien, aber das gilt anscheinend genauso für den/die ÄrztIn und den/die BetreuerIn, die das Abstellen der Geräte veranlassen müssten, würden sie nach dem Willen des/der PatientIn handeln. Aber es geht dabei nicht um die Wünsche von PatientInnen, sondern es geht um das Gewissen der Verantwortlichen. Nun gibt (oder gab?) es im Bundestag, soweit ich weiß, sogar eine Kommission zu diesem Thema, nur kam die zu keinem Ergebnis und wird es vermutlich auch so schnell nicht, weil dieses Thema wohl kaum konsensfähig ist. Entweder die PatientInnenverfügung gilt oder nicht. Dann braucht mensch aber auch keine mehr schreiben und wird eigentlich auch in seinen/ihren Selbstbestimmungsrechten beschnitten und in gewisser Weise entmündigt. Das ist schon eine komische Message: "Du darfst machen, was du willst, auch wenn es gefährlich ist,

aber wenn du hinterher im Koma liegst, brauchst du gar nicht erst zu hoffen, dass irgendjemand so handelt, wie du es dir wünschst!" Und das können manche auch begründen: Mensch könne die Situation, in der er/sie sich als KomapatientIn befindet, nicht einschätzen. Doch frage ich mich dann: Kann mein Arzt das? Nein. Es ist nun mal Poker. Entweder der/die PatientIn wacht auf oder nicht. Allerdings können ÄrztInnen bis heute nicht abschätzen oder auch nur erklären, warum manche Personen wieder aufwachen und andere nicht.

Ein weiteres Beispiel sind Magen-sonden (PEG). Sie sollen nur dann eingesetzt werden, wenn mit einer vorübergehenden Schluck- bzw. Essstörung zu rechnen ist. Spätestens nach einem halben Jahr sollten diese Sonden wieder entfernt werden. Doch wie oft geschieht dies bei alten Menschen? Sie dürfen nicht in Anstand sterben, obwohl sie sich dies oft genug sogar wünschen. Sie werden zwanghaft am Leben erhalten, oft genug werden die Angehörigen oder BetreuerInnen sogar unter moralischen Druck gesetzt, ob sie ihre Angehörigen oder Anbefohlenen etwa töten wollten! Dies ist menschenunwürdig. Auch der Wille des alten Menschen, der häufig sehr bewusst die Nahrung verweigert, sollte von den ÄrztInnen respektiert werden.

Auch ich habe keine Patentlösung für dieses Problem, aber es sollte endlich einmal zu einer gesetzlichen Lösung kommen, damit mensch weiß, wie viel Rechte er/sie in Bezug auf die Entscheidung um Leben und Tod hat!



**Juliane Seibert, 16, kommt aus Langenhagen, geht in Hannover zur Schule und ist im LaVo.**



# Die Akte Jörn W.

**Szenario eines Überwachungsstaats.**

SARAH ZIETZ

Langsam dreht sich das Objektiv nach links. Es surrt leise bis ein Klicken ertönt und es in seiner Position verweilt. Das runde Auge der kleinen Kamera hat den jungen Mann in dem blauen Polohemd, der auf einem der Plätze an der linken Fensterseite sitzt, längst erfasst. In dem kleinen schwarzen Metallgehäuse wird auf Hochtouren gearbeitet. Die Kamera stellt sich scharf, gleicht die Gesichtszüge des Mannes mit denen in der biometrischen Datenbank ab. Nach nur wenigen Sekunden landet sie einen Volltreffer. Es handelt sich um Jörn W. Erst gestern hat er mit Martin S. aus B. telefo-



US-Überwachungsanlage: Wer weiß, ob nicht längst unsere ganzen E-Mails und Telefonate gescannt werden?

niert, der verdächtigt wird, Steuern im großen Stil zu hinterziehen. Seit diesem Telefonat ist auch Jörn W. in das Überwachungsregister der Polizei gerutscht. Von nun an wird ihn jede Kamera, die er passiert, sofort identifizieren und die Aufnahmen an die Polizei weiterleiten. Beschattungen durch BeamtenInnen in Zivil sind nicht mehr nötig, ist die neue Technik doch um ein vielfaches präziser. Konnten Menschen früher noch vor ihren Verfolgern flüchten, ist es in dem heutigen Kameradschun- gel unmöglich, eine unbeobachtete Ecke zu finden.

Als die Straßenbahn 15 Minuten später hält und Jörn W. aussteigt, ahnt er nichts davon, dass irgendwo in dieser Stadt eine Person in einem dunklen Zimmer vor einer Wand aus kleinen Bildschirmen sitzt und ihn auf Schritt und Tritt verfolgt. Die Beobachter sind anonym geworden, ebenso die anderen ZivilistInnen. Könnte es nicht sein, dass auch jede andere beliebige Person gerade überwacht wird, weil sie kriminelle Energien besitzt? Die Menschen haben Angst voneinander und meiden sich. Die Gefahr ist zu groß geworden, mit jemandem in Kontakt zu geraten, der tatsächlich einE KriminelleR und von der Polizei bereits als einE solcheR eingestuft worden ist, schließlich wissen die Menschen, dass auch ihr Privatleben dann schneller durchleuchtet werden könnte, als ihnen lieb ist.

Jörn W. biegt gerade in eine Ein-

kaufsstraße ein, in der reges Treiben herrscht, als eine junge Frau ihn anspricht. Die Kameras sind zwar nicht in der Lage, das Gespräch aufzuzeichnen, doch binnen kurzer Zeit können sie ermitteln, wer die Frau ist und machen damit eine interessante Entdeckung. Sie arbeitet in der gleichen Firma wie Martin S. und vor kurzem ist in ihrem Haus eingebrochen wurden. Die ErmittlerInnen vermuten dahinter jedoch einen Versicherungsbetrug. Ist es bloß ein Zufall, dass Jörn W. innerhalb von nur zwei Tagen zu zwei Personen Kontakt hat, die als BetrügerInnen einge-

stuft werden und sich außerdem untereinander auch noch kennen? Solche Zufälle gibt es für die Polizei nicht mehr. Sie hat das Schlechte im Menschen erkannt und weiß, dass jedeR einE potentielleR KriminelleR ist.

Jörn W. unterdessen erklärt der Frau, wie sie am schnellsten zum Bahnhof kommt, von wo aus sie zurück nach B. fahren muss. Wenig später sitzt er wieder in der Bahn und fährt nach Hause, da fällt ihm ein, dass er noch immer ein defektes Notebook auf seinem Schreibtisch stehen hat. Für ein Neues reicht sein Geld nicht, also muss er weiterhin Annoncen durchsuchen. Gestern hat er zehn Minuten zu spät bei einem Inserent angerufen, da war das Notebook gerade weg.

Als Jörn W. aussteigt, warten bereits zwei PolizeibeamtInnen auf ihn. Ihnen ist bekannt, wo er wohnt. Auch kennen sie mittlerweile die Haltestellen, an denen er ein- und aussteigt, um nach Hause oder zur Arbeit zu kommen. Und nun wollen sie wissen, wie regelmäßig Jörn W. Kontakt zu Martin S. und der Frau hat. Sie wollen wissen, warum. Für die PolizistInnen ist Jörn W. bereits jetzt nicht mehr nur ein Verdächtiger. Sie bitten ihn, mit auf

die Wache zu kommen, um einige Fragen zu beantworten. Jörn W. ist irritiert, doch weiß, dass es keinen Zweck hat, sich zu widersetzen. Die denkenden Kameras beschatten ihn überall und filtern ohnehin nur die Momente heraus, die sie als letztes Puzzlestück für einen ihrer zu lösenden Fälle verwenden können.



**Sarah Zietz, 18, geht in Hannover zur Schule und ist IGEL-Koordinatorin.**



**Informationen  
der Landtagsfraktion**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel. 0511/3030-4207  
Email: [gruene@lt.niedersachsen.de](mailto:gruene@lt.niedersachsen.de)  
[www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

**Mit  
Sicherheit  
weniger  
Freiheit**

**Grüne Halbezeitbilanz der  
schwarzgelben Innen- und  
Rechtspolitik in Niedersachsen**

**Zugleich eine Lehre für die kommende Bundestagswahl**

Im Februar 2003 wurde in Niedersachsen eine neue politische Mehrheit gewählt. Seitdem hat sich im Bereich der Innen- und Rechtspolitik vieles verändert. Die Zeichen stehen auf Verschärfung und Kontrolle. Niedersachsen hat ein neues repressives Polizeigesetz, der Verfassungsschutz wurde aufgerüstet und demnächst soll eine Hilfspolizei auf Streife geschickt werden.

CDU und FDP haben große Versprechen und viele Ankündigungen im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag gemacht. Wir wollen mit einer Halbezeitbilanz eine Bewertung aus rechtsstaatlicher und bürgerrechtlicher Perspektive vornehmen.

Seit jeher wird von den Konservativen die Notwendigkeit von mehr innerer Sicherheit gepredigt - ganz egal wie sich die objektive Sicherheitslage darstellt. Das ständige Pochen auf mehr Sicherheit hat Dauerkonjunktur. Ein Grundmuster konservativer Politik ist



Hans-Albert Lennartz, MdL

der Abbau von sozialen Leistungen und Rechten bei gleichzeitiger Aufrüstung der Sicherheitsorgane. In Niedersachsen wurde das Landesblindengeld gestrichen, die Lernmittelfreiheit abgeschafft und die Hausaufgabenhilfe für Lernschwache gestrichen, während gleichzeitig mehr Polizei eingestellt und eine teure überflüssige Polizeireform durchgeführt wurde.

Jedem Bürger und jeder Bürgerin muss bewusst sein, dass der Ausbau staatlicher Sicherheitsinstrumente auf Kosten von privaten Freiheitsrechten geht. Innere Sicherheit und persönliche Freiheit stehen in einem Spannungsverhältnis. Mehr Kompetenzen für die Polizei wie Abhörrechte, Verdachtsunabhängige Kontrollen oder DNA-Analysen bedeuten für die Bürger staatliche Eingriffe in die Privatsphäre. Staatliche Gängelung und Überwachung vertragen sich nicht mit der grundgesetzlich verbürgten Freiheit und Würde des Einzelnen. Die Demokratie braucht Luft zum Atmen.

In Niedersachsen hat es seit 2003 eine deutliche politische Wende hin zum sicherheitsfixierten Staat gegeben. Die neuen Gesetze wurden oftmals im Grenzbereich des verfassungsrechtlich Zulässigen geschaffen. Der kleine Koalitionspartner der CDU - die FDP - hat hier in keiner Weise als rechtsstaatliches Korrektiv gewirkt, sondern jede Gesetzesverschärfung ohne Protest brav abgenickt. Wir möchten mit einer



Ralf Brise, MdL

Halbezeitbilanz Aufklärungsarbeit leisten und zeigen, wie sich die politischen Koordinaten seit 2003 verschoben haben. An den Erfahrungen aus Niedersachsen lässt sich zugleich ablesen, was von einer konservativen Bundesregierung im Bereich Innere Sicherheit zu erwarten wäre. Wer die niedersächsische Innenpolitik problematisch findet, muss den Erfolg einer konservativen Mehrheit, aber auch einer großen Koalition in Berlin verhindern. In einem ersten Teil zeigen wir eine Chronologie der parlamentarischen Umsetzung der politischen Versprechen der amtierenden Landesregierung. Dazu gehören auch unsere eigenen Initiativen sowie eine Kurzübersicht zur Politik der inneren Sicherheit, der Verwaltungsreform und der Rechtspolitik.

In einem zweiten Teil beleuchten wir etwas genauer eine Reihe von wichtigen Instrumenten des starken Staates und skizzieren die jeweilige grüne Position.

HANS-ALBERT LENNARTZ  
innenpolitischer Sprecher  
RALF BRIESE  
rechtspolitischer Sprecher

**Der Reader der Landtagsfraktion zu diesem Thema:**

"Mit Sicherheit weniger Freiheit?". Zu bestellen über [gruene@lt.niedersachsen.de](mailto:gruene@lt.niedersachsen.de) oder als pdf-Datei im Internet: [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)



# Arbeitsplätze vs. Umweltschutz

**Brauchen wir noch Steinkohle in Deutschland? Ein Bericht über die Wiederentdeckung einer veralteten Energiequelle.**

KARINA BAALMANN

"Kohle glänzt nicht, aber sie wärmt. Weil sie vielen Menschen Arbeit gibt.". Mit diesem Slogan und ähnlichen werben seit neuestem Prominente wie Marius Müller Westernhagen, Otto Rehagel und Armin Rohde für die "Deutsche Steinkohle" (DSK). Als Tochter des Bergbau- und Chemiekonzerns Ruhrkohle AG Essen (RAG) hat diese nun auch den Bau einer neuen Kohlezeche angekündigt. "Donar" soll sie heißen und lediglich durch private Investoren, vollkommen unabhängig von Subventionen, finanziert werden.

Allen voran geht Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG und früherer Bundeswirtschaftsminister, der sich "Steinzeit-Westernhagen" hofft, dass Steinkohle wieder "wertgeschätzt" werde (FAZ). So möchte er auch die gestiegenen Preise der Koks-kohle nutzen, um Gewinn aus der neuen Zeche zu schlagen. Bisher gibt es jedoch weder feste InvestorInnen, noch liegt die benötigte Genehmigung vor, deren Verfahren erst in drei bis fünf Jahren abgeschlossen sein wird.

Noch immer umstritten ist auch die Stabilität der Wirtschaftslage für die erwähnte Koks-kohle, während mit Steinkohle kaum noch Gewinn zu erwirtschaften sein dürfte. Gründe hierfür sind billiges Heizöl, Kernenergie und preiswertes Erdgas, die die Steinkohle als Energielieferanten ablösen, sowie 3-4x billigere Importkohle, deren Prei-

se mit unseren hohen Löhnen und Sicherheitsstandards nicht unterboten werden können. Kurzum, Steinkohle hat keine Zukunft.

Langfristig sollte Steinkohle allerdings auch keine Zukunft haben, denn beispielsweise bei der Verbrennung von Steinkohle werden große Mengen Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub und Kohlendioxid emittiert. Des Weiteren kann es passieren, dass, liegt der Grundwasserspiegel in diesem Gebiet hoch, kein natürlicher Wasserablauf mehr stattfindet, sodass das Grundwasser abgepumpt oder in Abwasserkanäle abgeführt werden muss. Wichtiges Trinkwasser geht somit verloren, da es aus den Gruben stark versalzen hervorgeholt wird und durch die Einleitung in Flüsse diese ebenso ungeeignet für die Trinkwasserversorgung macht.



"Steinzeit-Westernhagen"

Müller, sowie die DSK stellen sich mit ihrer Werbung und dem Bau der neuen Zeche somit gegen die Umwelt und klar gegen den Großteil der Politik, welcher das Problem zu Teilen bereits erkannt hat und zunehmend einen Ausstieg aus der Steinkohle fordert.

Allerdings muss darauf geachtet werden, dass Subventionen, die einst in den Bergbau flossen, in regenerative Energien investiert werden könnten und sollten: Windenergie, Wasserkraft, Solartechnik, Biogas und Ökostrom zu konkurrenzfähigen Preisen sollten Priorität haben. Würde diese Option genutzt, könnte auch die Befürchtung gestillt werden, dass zu viele Arbeitsplätze durch Schließungen von Bergwerken verloren gingen, denn gerade die Arbeitsplätze im Bereich der neuen

umweltfreundlichen Technologien sind jene, die auch zukunftsfähig sind.

Es kann nicht sein, dass Arbeit alternativ zum Umweltschutz gestellt wird. Diese Bereiche können und dürfen keine alternativen Auswahloptionen bilden. Es kann nicht heißen: Steinkohle fördern und Arbeitsplätze sichern oder den Ausstieg aus der Steinkohle fordern und Arbeitsplätze riskieren. Vielmehr muss die neue Devise sein, durch die Förderung und Entwicklung von Umwelttechnik, ökologischem Landbau, sowie erneuerbaren Energien, zukunftsfähige Optionen für Arbeit und Energiewirtschaft zu eröffnen, um die Bereiche miteinander zu verknüpfen.

Dass dies möglich ist hat sich bereits gezeigt. Heute finden laut BUND bundesweit allein in der Windkraftbranche mehr als 61.000 Menschen Beschäftigung. In Nordrhein-Westfalen existieren zurzeit bereits mehr als 2.000 Unternehmen mit über 15.000 Beschäftigten, die in der Branche der erneuerbaren Energien angesiedelt sind. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien erwirtschaftet die Branche in NRW einen Umsatz von jährlich 3,5 Milliarden Euro. Zudem werden Windräder und Solarzellen in Mengen exportiert.

Eines muss bei allen diesen Überlegungen jedoch klar sein: Ein sofortiger, abrupter Ausstieg wie ihn die CDU fordert, kann nicht die Lösung sein. Im Rahmen der sozialen Gerechtigkeit muss bedacht werden, dass eine Übergangsphase notwendig ist, damit Beschäftigte eine Chance haben, umzulernen oder andere Möglichkeiten zu finden.

Einen Ausstieg aus der Steinkohle muss es geben. Allerdings muss er gut durchdacht sein, zukunftsfähige Modelle bereitstellen und den sozialen Hintergrund berücksichtigen.



**Karina Baalman, 18, geht in Gifhorn zur Schule und engagiert sich in der dortigen Ortsgruppe.**







## Hört das denn nie auf?

**Am 2. April fand eine "Demonstration" der NPD und "Freien Kameradschaften" mit entsprechender Gegendemo in Verden statt.**

REBEKKA WEHRS

Verden wurde nicht ohne Grund von den Neonazis als Veranstaltungsort ihrer "Demonstration" gewählt. Schon seit einiger Zeit versuchen sie sich im Raum Verden breit zu machen.

Als Mittelpunkt des braunen Terrors in dieser Region lässt sich ganz klar der Heisenhof in Dörverden ausmachen. Der Heisenhof wurde vor ca. einem Jahr von dem rechtsextremen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger gekauft. Da Jürgen Rieger durchaus kein unbeschriebenes Blatt in der rechten Szene ist, war ihm der Kauf des ehemaligen Gutshofes nur getarnt durch eine Londoner Briefkastenfirma möglich. Die örtliche Politik zeigte sich über den Erwerb des Heisenhofes durch diesen überregional tätigen Rechtsextremen entsetzt. Nun wird versucht die Nutzung des Gebäudes für rechtsextreme Zwecke mit allen rechtlichen Mitteln zu verbieten.

Was aber bringt Rieger der Kauf des Heisenhofes? Der ehemalige Gutshof besteht aus vier Gebäuden und hat eine Fläche von rund 26.000 qm. Die Gebäude liegen in einem parkartigen Areal und sind zur Unterbringung mehrerer hundert Personen geeignet. Der Verdacht, dass der Heisenhof als Tagungs- und Veranstaltungsort für Rechtsextreme genutzt werden soll, liegt also nahe. Auch würde sich das Gelände hervorragend für stupide "Kriegsspiele" eignen.

Zur Zeit ist der Hof bereits ein fest-

er Treffpunkt für allerlei rechtes Gezeugs, von denen auch einige dort wohnen.

Ein daraus resultierendes Problem ist der Versuch der NPD im Raum Verden/Rotenburg ganz massiv neue Mitglieder anzuködern. Am Alarmierendsten ist in diesem Zusammenhang wohl die sogenannte "Schulhoffensive". Hierbei versuchen die Neonazis gerade SchülerInnen durch das Verteilen rechtsextremer Propagandaflugblätter zu blenden und für sich zu rekrutieren. So wurden Verdener Schulen regelrecht mit braunen Hetzschriften überflutet, die Schüler und Schülerinnen wehrten sich aber und taten den Müll dort hin, wo er hin gehört, nämlich in den Abfalleimer.

So ist es auch kein Wunder, dass sich ein SchülerInnenbündnis gebildet hat, welches dann auch eine Gegendemonstration organisierte. An dieser beteiligten sich rund 750 zumeist jugendlichen DemonstrantInnen. Natürlich war auch die GRÜNE JUGEND dabei. Unter anderen mit den Ortsgruppen aus Hannover und Lüneburg. Nachmittags fand in der Innenstadt ein von mehr als 100 Initiativen und Vereinen gefördertes Straßenfest unter dem Motto "Verden ist bunt - Nie wieder Faschismus" statt. Schätzungsweise 5000 Bürger und Bürgerinnen besuchten die so entstandene Kulturmeile mit Musik, Kunst, Kuchen und Spielen für die Kleinen.

Dagegen war die NPD-Demo nicht nur wegen der geringen Teilnehmerzahl von weniger als 200 Rechtsextremen einfach nur lächerlich. Unter dem heuchlerischen Slogan "Gegen Sozialabbau und Rentenklau" versuchten sie

vergebens, ihre faschistische Hetze unters Volk zubringen.

Die Gegendemo des SchülerInnenbündnisses endete in der FußgängerInnenzone, wo daraufhin das Straßenfest begann. Da die Rechtsextremen im Ostteil der Stadt immer noch marschierten, beschlossen viele zumeist jugendliche DemonstrantInnen den braunen Mob nicht unwiderrprochen durch die Straßen marschieren zu lassen. Immer wieder schafften es GegendemonstrantInnen dicht an die Marschroute der Neonazis heranzukommen und leisteten durch Zwischenrufe, Pfiffe und Hohngesang Widerstand.

Die Polizei, die mit ca. 1000 Polizisten und Polizistinnen ständig präsent war, erledigte ihren Job größtenteils anständig. Lediglich am Bahnhof, dessen Gebäude und Bahnsteige vollständig für GegendemonstrantInnen gesperrt war, damit die Rechtsextremen ja in Ruhe dahin fahren konnten, wo sie hergekommen waren, kam es zu Ausschreitungen. Im Laufschrift auf die DemonstrantInnen zurennend, räumte die Polizei auch noch den Parkplatz des Bahnhofs. Insgesamt wurden 13 GegendemonstrantInnen an diesem Tag vorübergehend festgenommen - die meisten wegen Verstoßes gegen das Vermummungsgesetz. Zusammenfassend haben die VerdenerInnen sehr eindrucksvoll bewiesen, dass in ihrer Stadt kein Platz für rechtsextreme Hetze ist.



**Rebekka Wehrs, 18, geht in Walsrode zur Schule und ist Sprecherin der GJ Hannover.**





## Stachelig in den Wahlkampf

**Die GRÜNE JUGEND im Bundestagswahlkampf 2005. Der politische Geschäftsführer über die Planungen und Aussichten für den heißen Sommer.**

18.25 Uhr am 22. Mai in Düsseldorf. Ein Anruf aus der SPD-Parteienzentrale in Berlin teilt mir mit, dass Müntefering gerade Neuwahlen angekündigt hat. Nach fünf Minuten wird die Info bestätigt und die Planung für den eigentlichen Wahlkampf 2006 wurde im Kopf durcheinander geschmissen. Ca. 120 Tage bleiben für die Konzipierung, Produktion und Durchführung eines bundesweiten Jugendwahlkampfes. Diese Herausforderung hat die GRÜNE JUGEND angenommen und sie wird sich intensiv in den Wahlkampf einbringen. Dass der ursprüngliche Zeitplan dahin ist, ist halb so wild, denn dass die GRÜNE JUGEND spontan ist und improvisieren kann, hat sie bereits in den letzten Jahren immer wieder erfolgreich unter Beweis gestellt. Nun geht es für uns alle darum, gemeinsam für ein starkes Ergebnis zu kämpfen und Hoffnung zu haben, dass viele Leute aus der GRÜNEN JUGEND unsere Forderungen in der kommenden Fraktion vertreten.

### Der Wahlkampf läuft vor Ort

Ein Aspekt wird immer wichtiger; der Wahlkampf wird vielleicht vom bundespolitischen Trend begleitet, gewonnen wird er aber nur vor Ort, und da müssen wir als GRÜNE JUGEND präsent sein. Trotz eines erfolgreichen Europawahlkampfes 2004, sollten wir unsere Strategie überdenken. Die letzten drei Wochen werden diesmal bedeutender als je zuvor und dort müssen wir zeigen, was wir können und was wir wollen. Als Mittel ist dazu eine bundesweite Jugendwahlkampftour geplant, bei der zehn Teams regional aufgeteilt durch ihre Gegenden reisen und dort Wahlkampf machen, wo Grüne und Junggrüne schwach auf der Brust sind. Dies bedeutet viel Einsatz sowie Opferung der Sommerferien und der vorlesungsfreien Zeit.

Gleichzeitig ist es aber ein Erlebnis und eine Möglichkeit, nicht nur in Kontakt mit vielen verstreuten Mitgliedern im Land zu kommen und sein Bundesland und seine Region besser kennen zu lernen, sondern zudem die beste Werbung für die GRÜNE JUGEND, die sie haben kann, nämlich starke Präsenz vor Ort. Niedersachsen ist dort auch gefordert, denn die Jugendwahl-

kampftour soll auch als Unterstützung unserer Landesverbände in den Neuen Bundesländern dienen, wo jedes Team mindestens einmal für zwei oder drei Tage ihre Zelte aufschlägt. Die Organisation und Abwicklung wird zentral durch unser fünfköpfiges Wahlkampfbüro in Berlin übernommen, dort könnt ihr euch auch bei Interesse zum Mitmachen melden.

### Starkes Profil

Die GRÜNE JUGEND ist in einem Punkt eine Klasse für sich: Kein anderer

politischer Jugendverband macht einen ähnlich inhaltlichen Wahlkampf wie wir. Bei uns werden den JungwählerInnen weder nur Scheunenbälle mit Saufgelage, noch Klassenkampf als Markenzeichen angeboten, sondern klare inhaltliche Forderungen, die junge Menschen betreffen. Die inhaltlichen Hauptthemen, Ökologie und Sozialpolitik, wurden auf dem Bundesausschuss vom 24. bis 26. Juni festgelegt.

### Vernetzt zum guten Ergebnis

Wahlkampf im Netz wird diesmal besonders bei uns eine zentrale Rolle spielen. Die vernetzte Kommunikation ist dabei genauso bedeutend wie das politische Agieren, wo die GRÜNE JUGEND ein breites Angebot liefern wird. Meldet euch deshalb bitte noch zahlreich auf [liste-intern](mailto:liste-intern) unter [www.gruene-jugend.de/maillinglisten](http://www.gruene-jugend.de/maillinglisten) an!

**Malte Spitz, 21, ist politischer Geschäftsführer der GRÜNEN JUGEND und verantwortlich für den Bundestagswahlkampf 2005.**





## Das Menschenrecht auf die Ware Bildung

**Vom 12.-13. März fand die Landesmitgliederversammlung der GJN in Goslar statt. Die TeilnehmerInnen diskutierten über Bildungsgutscheine und Studiengebühren und verabschiedeten ein eigenes Konzept für eine bessere Hochschule.**

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

"Dort oben, ja dort oben ist es. Wir haben´s fast geschafft, Leute. Nur noch ein kleines Stück bis zum Gipfel." Es ist Samstagmorgen, kurz vor zwölf, und circa vierzig unerschrockene junge Ökos aus ganz Niedersachsen sind nach Goslar gekommen, um den von BergsteigerInnen aus der ganzen Welt gefürchteten Rammelsberg zu bezwingen. Eisiger Wind, kilometertiefe Felspalten und spiegelglatte, verschneite Wege können den wackeren AktivistInnen nichts anhaben. Unter Mühen gelang es ihnen den Gipfel zu erobern, die dortige Jugendherberge zu stürmen und in Beschlag zu nehmen. Ja, ich weiß, das klingt ganz schön martialisch. Doch es sollte noch härter kommen.

Gute 24 Stunden lagen vor uns. 24 Stunden voller hitziger Diskussionen, weiteren gefährlichen, Kletteraktionen und der allseits beliebten Wahlen. Hauptthema des Kongresses war die Debatte um die junggrüne Vision einer modernen, besseren Hochschule

Dazu stand zuerst die Podiumsdiskussion mit der hochschulpolitischen Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Gabriele Heinen-Kladijic, und Jenny Jaros vom Bundesvorstand des Bündnisses Grün-Alternativer Hochschulgruppen zum Thema Studiengebühren auf dem Programm. Die unter-

schiedlichen Positionen waren reichlich konträr. Masterstudiengebühren auf der einen Seite und freie Bildung auf der anderen. Der erste Kampf konnte beginnen. Nur, da war nichts Kämpferisches, nichts Fesselndes zu spüren. Die zwei Stunden waren ungefähr so spannend wie die Erklärungen zur Heisenbergschen Unschärferelektion bei Telekolleg.

Danach mussten wir uns erstmal stärken. Gut, Kaffee und Kuchen sind vielleicht nicht das unbedingt Nahrhafteste, aber dafür war der Bananenschokokuchen todeslecker. Konditormeister war kein geringerer als JPA, der nach mehr als zwei Jahren den LaVo verließ, in denen er an seine Grenzen ging. Physisch wie psychisch. Nie Zeit zum Schlafen, miese Verpflegung in Jugendherbergen und wunde, verhornte Finger vom zu viel Tippen. Inzwischen versucht er wieder ein halbwegs normales Leben mit Freizeit zu führen. Jan ist sogar einer Workaholic-Selbsthilfegruppe beigetreten, um sein Problem in den Griff zu kriegen. Doch der Bundestagswahlkampf macht ihm ganz schön zu schaffen. Ich befürchte, er wird wieder rückfällig. Wir müssen wohl mit dem Schlimmsten rechnen.

Dann startete die LMV. Der vom LaVo eingebrachte Antrag forderte mehr staatliche Investitionen im Hochschulbereich, verurteilte Studiengebühren fürs Erststudium, und sprach sich für die Einrichtung eines Bildungsgutscheinmodells aus. Doch beim letzten Punkt regte sich Widerstand und das alles andere als leise. He, Moment mal, Bildungs...äh...was? Gut, für die Leute, die sich mit Hochschulpolitik

nicht so auskennen, hier eine kurze Erklärung zu Bildungsgutscheinen. Nach Vorstellungen des LaVos sollte jedeR Studierende Credit-Points für Seminare und Vorlesungen in Höhe der anderthalbfachen Regelstudienzeit für sein Studienfach bekommen. Diese Punkte verfallen nur bei Inanspruchnahme der Leistung, nicht nach einer bestimmten Zeit. Für die aufgebrauchten Punkte bekommen der Fachschaftsbereich und die Universität Geld.

Dann begann es langsam spannend zu werden. Über die Präambel und weite Teile des vom Landesvorstand eingebrachten Antrags bestand größtenteils Einigkeit. Strittig wurde es nur beim Punkt Bildungsgutscheine. Deshalb verständigten sich beide Parteien darauf erst diese elementare Frage zu klären und den Rest des Lavoantrags dann zu übernehmen.

Die Schlacht konnte beginnen. VertreterInnen beider Seiten brachten sich in Kampfposition.

Zum ersten Schlag holte Jan Phillip Albrecht aus. Er forderte ein gebührenfreies Erststudium, sprach sich für eine größere soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems aus, und warb für die Einführung von Credit-Points. Dies sei gerecht, da Studierende bewusst mit der von der Gesellschaft finanzierten Bildung umgehen müssten und die Universitäten sich dann mehr um ihre "Kunden" kümmern würden, um die Punkte zu erlangen. Der Gegenschlag kam von Ole Hilbrich, Mitverfasser des Gegenantrags. Bildung sei keine Ware, sondern ein Menschenrecht, führte er aus und sprach sich damit gegen eine

Kontingentierung des Studiums aus. Die Universitäten bräuchten nicht mehr Wettbewerb, sondern eine bessere innere demokratische Struktur mit größerer Mitbestimmung der Studierenden. Das war der Auftakt. In der offenen Debatte stritten beide Parteien mit allen rhetorischen Finten, manchmal ein wenig unsachlich und polemisch, aber immer mit größter Leidenschaft für ihre Positionen. Ein Kampf der Extraklasse. Die beiden blockten Jans, Haude und Albrecht, selbsternannte Modernisierer gegen die Traditionalisten, Ole, Eyke Bittner, Falk Sickmann und meine Wenigkeit. Ach ja, und Pat Drenke, begeisterter Studiengebührenbefürworter, allein gegen alle.

Auffällig war, dass fast nur Männer sprachen. Aber keineR soll sagen, dass die Frauen nicht ermuntert wurden. Als dann nach gut einer Stunde das erste weibliche Wesen nach vorne ans Pult trat, schrie ein echter Kerl mit der Grölkraft der ganzen 96-Fankurve "Ausziehen! Ausziehen!" Klappt doch super mit unserer Frauenförderung.

Die Argumente in der Debatte, sofern es welche waren, wurden scharf geschossen. "Wir werden in der grünen Partei ernst genommen", schalte es von den Einen. "Wir brauchen uns den Grünen nicht unterordnen. Idealismus statt Taktik!", kam es lautstark von den Anderen zurück. "Wir wollen keine Studiengebühren, auch keine Gutscheine", so die VerfechterInnen des Gegenantrags. "He, ich bin genauso gegen Studiengebühren wie ihr", erwiderte JPA.

So ging es hin und her, und nach circa zwei Stunden ging es dann zur Abstimmung. Wer würde gewinnen? Es war völlig unklar und ich trank schon mal Einen auf unsere Niederlage. Doch zu meiner freudigen Überraschung entschied sich die Mehrheit der LMV für den Gegenantrag und das Prinzip der freien Bildung. Damit stellt die GJN weiterhin klar: Bildung ist keine Ware und kann deshalb auch nicht verschachert werden!

chert werden!

Nach dem Abendessen brachte ich noch ein paar Änderungsanträge zur Ablehnung von Stiftungshochschulen, der besseren Interdisziplinarität und der weiteren Demokratisierung der Universitäten ein und mit überwältigender Mehrheit wurde dann der Antrag "Ein besseres Studium für alle" verabschiedet. Puh, das war harter Stoff. Danach hatten wir uns unser Feierabendbier aber auch redlich verdient. Doch dafür mussten wir auf den nächsten Gipfel. So hieß es also, Seil und Klettehacken rausgeholt und auf ins nächste Basislager, eine einsame Hütte mitten in der schneebedeckten Pampa. Die Party hatte alles, was mensch so brauchte. Viel Alk, mindestens so viel Gras, Musik von Billy Talent bis Gentleman, kotzende Leute, kompromisslose Schneeballschlachten mit ordentlich Einseifen und hübsche Mädels vom Blasorchester, aufgerissen vom Menusch "Mr GJN-Womenizer" Khadjavi.



Tighte GJN-Partycrew beim Rumposen

Dort wurde gefeiert bis in ganz tief in die Nacht. Und in meinem Zimmer noch weiter. Irgendwann gegen fünf schlief ich dann ein, Alex und Pat hielten das nicht für nötig und philosophierten noch darüber, wie Pat sich beim Onanieren den Arm brechen konnte.

Am nächsten Tag wurden noch weitere Anträge behandelt. Die GJN lehnte die Wehrpflicht ab - welche Überraschung - und spricht sich für eine Freiwilligenarmee aus, die langfristig unter den Oberbefehl der UNO gestellt werden soll. Weiterhin wurden der La-

Vo und die Ortsgruppen dazu aufgefordert möglichst alle Anschaffungen ökologisch und sozial fair zu tätigen. Also nix mehr mit Kinderarbeit-T-Shirts aus Bangladesch.

"He, wen wählst du?" "Ich wähl mich." Ja, bei den Wahlen zum LaVo darf gerade mann sich keine falsche Bescheidenheit leisten. Denn auf drei offene Plätze kamen vier Bewerber. Ortsgruppenvernetzung und nochmals Ortsgruppenvernetzung. Das war das große Thema bei allen Wahlreden. Na, wir werden sehen, ob die Versprechen eingehalten werden. Schließlich setzten sich Sascha Reckermann, Melchior Schmidt und Jan Winken durch und bilden zusammen mit den dreien Frauen, wie immer sicher über die quotierten Plätze rein gekommen, Juliane Seibert, Anna Osterhus und Lisa Neubert den neuen Landesvorstand der GJN. Für mehr Infos schaut auf Seite 18. Nicht mehr angetreten waren Fenja Stegmann und Menusch. Beide gehen für längere Zeit ins Ausland( Indien und Bayreuth). Und JPA durfte nicht mehr. Die Rotation macht es möglich. Bei der Wahl der IGEL-Redaktion kam es zu fast einstimmigen SED-Ergebnissen und neue KoordinatorInnen sind Sarah Zietz und ich, nachdem wir schon vorher ein Jahr in der Redaktion waren. Die zwei neuen Redakteure sind Jenny Rensch und Thomas Meister.

Zum Ende der LMV bauten wir noch zusammen Schneemänner, nein der Begriff ist falsch. Wie wir wollten wir es nennen? Schneefrauen, nee auch nicht, ich hab es: Schneemenschen! Aber was ist mit den Tieren, du Speziesist? Also wieder nicht richtig. Ja, das ist gut: Schneetiere! So bauten wir Schneetiere. Meins sah aus wie der einzige echte goslarsche Popstar. Schön kugelig und aufgebläht.



**Sven Kindler, 20, ist BWL-Student und hat während der LMV mindestens 30 Liter Bier getrunken.**





# Wilder Haufen

Seit März hat die GJN einen neuen LaVo



## Melchior Schmidt

Ich heiße Melchior Johannes Schmidt, bin 19 Jahre alt und wohne in Langenhagen bei Hannover, wo ich in die 12. Klasse des Gymnasiums gehe. Ich bin zuständig für die Ortsgruppenkoordination, den Kontakt zum Landesverband der Alt-Grünen und für den LAK Hochschule. An meiner Schule bin ich Vorstandsvorsitzender der Schülerfirma "Energy Forever AG". Außerdem leite ich die Theater AG. In meiner Freizeit lese ich gerne, kümmere mich um mein Patenkind und um meinen Hund. Meine Überzeugung, dass Politik der richtige Weg ist um etwas zu verändern, möchte ich weiter verbreiten.



## Juliane Seibert

Ich bin Jule und als Schatzmeisterin Mitglied des Landesvorstandes. Außerdem bin ich für die Vernetzung mit den Grünen und dem Bundesverband zuständig und schreibe auch gerne mal den ein oder anderen Artikel für den Igel. Meine "Karriere" begann am 23.12.2001 bei der "Weihnachts-Ramadan-Gründungs-Sitzung" der GJ Langenhagen, die es mittlerweile aber nicht mehr gibt. Meine Hauptthemen sind Menschenrechte, Frauenpolitik und Bildung und in meiner Freizeit und in der Schule mache ich gerne Musik.



## Jan Wienken

Ich heiße Jan Wienken und wurde im September letzten Jahres in den Landesvorstand gewählt. Meine Themenschwerpunkte Rechtsextremismus und Asylpolitik haben sich seitdem nicht geändert. Es sind nur neue dazu gekommen, wie zum Beispiel internationale Wirtschaftsbeziehungen. In meiner Zeit als LaVo-Mitglied war ich für die Presse zuständig. Zahlreiche Publikationen gehen dadurch auf mein Konto. Wenn ihr besondere Anregungen habt, dann bitte ich euch, dass ihr mir eine E-Mail schreibt: [LHHM05@web.de](mailto:LHHM05@web.de).



## Anna Osterhus

Mein Name ist Anna Osterhus, ich bin 20 und im Kreisverband Göttingen aktiv. Ursprünglich komme ich aus Hannover und bin schon seit fast drei Jahren bei der GRÜNEN JUGEND und den Grünen. Im LaVo bin ich jetzt das zweite Mal und muss sagen, dass mir vor allem die organisatorische Arbeit sehr viel Spaß macht. Ich hoffe, dass wir als Landesvorstand jetzt mit allen Kräften für den Wahlkampf mobilisieren können und viele spannende Aktionen und Seminare veranstalten werden.



## Lisa Neuberg

Ich bin Lisa Neuberg, bin 16 Jahre jung und wohne in der schönen Stadt Lüneburg, wo ich seit ca. 2 ½ Jahren in der GJ aktiv bin. Ich gehe noch zu Schule und besuche die 11. Klasse eines Gymnasiums. Ich bin eine der Neuen im Landesvorstand und für die Ortsgruppenvernetzung und den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen/ Verbänden zuständig. Meine Hauptthemen liegen in der Umwelt- und Atompolitik, Gentechnik und Rechtsextremismus. Außerhalb der GRÜNEN JUGEND bin ich für jeden Spaß zu haben und wenn ich etwas anpacke, bin ich mit viel Elan und Freude dabei.

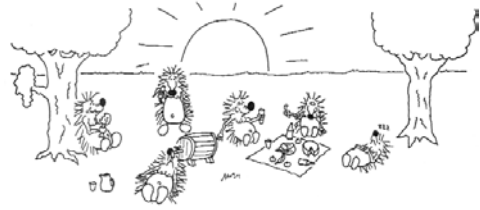


## Sascha Reckermann

Ich bin Sascha, 19 Jahre und wohne in Lüneburg wo ich auch vor ca. 3 Jahren die GRÜNE JUGEND gegründet habe. Die GJernInnen haben so viel Motivation und Ideen die man verwirklichen kann und ich weiß dass wir das zusammen schaffen werden und viel Spaß haben werden. Meine Hauptthemen sind Neue Technologien, Atomenergie (Werbung: CastorCamp 2005 im Wendland), Globalisierung und Ortsgruppen besuchen deshalb werde ich natürlich gern JEDE Ortsgruppe besuchen kommen. Nun ich freue mich auf eine Gute und Interessante zeit mit euch.



# Was macht eigentlich der Landesvorstand?



**Diese Frage stellt sich doch immer mal wieder der/die ein oder andere. Deshalb wollen wir euch gerne darüber auf dem laufenden halten, was der LaVo in letzter Zeit gemacht hat und in nächster Zeit plant.**

## Wie arbeitet der Landesvorstand überhaupt?

Grundsätzlich treffen wir uns ungefähr einmal im Monat, um Aktionen und Seminare zu planen, sowie die aktuelle Lage zu besprechen. Auf diesen sogenannten LaVoSis (Landesvorstandssitzungen) arbeiten wir dann die Dinge ab, die sich in der Zeit seit der letzten Sitzung so angesammelt haben. Natürlich wird auch zwischen den Sitzungen fleißig weitergearbeitet. So wird im LaVo vieles über E-Mail geregelt, wie zum Beispiel das regelmäßige Verfassen von Pressemitteilungen. Vielleicht habt ihr ja auch schon mal eine unserer Pressemitteilungen zu aktuellen Themen gelesen.

So wird die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der GJN, wie z.B. die Homepage ([www.gj-nds.de](http://www.gj-nds.de)) oder die Materialerstellung, größtenteils vom LaVo übernommen. Das Vertreten der GJN auf Podiumsdiskussionen oder sonstigen Versammlungen und auch das Einbringen junggrüner Themen und Bedürfnisse bei LDKs, BDKs oder LaVoSis der Alt-Grünen ist eine Aufgabe des LaVos. So auch das Werben von PatInnen für die GRÜNE JUGEND im Rahmen der bundesweiten PatInnenkampagne.

Weiterhin versuchen wir, Kontakt zu den Basisgruppen zu halten und diese zu Aktionen zu animieren, sowie aktive Mithilfe anzubieten. Anregungen und Ideen zu Aktionen und Kampagnen sind wichtiger Bestandteil einer guten

Landesverbandsarbeit. Bringt euch ein! Wenn ihr in eurem Ort eine Aktion machen und/oder jemanden vom LaVo einladen wollt, dann sagt uns bescheid - wir kommen gerne zu euch!

## Was hat der Landesvorstand konkret organisiert?

Wie auf der letzten LMV angekündigt, kümmert sich der LaVo gerade in Zusammenarbeit mit Jan Philipp Albrecht um einen neuen, verbesserten Internetauftritt der GJN. Die Sommer-LMV und die Grundsatzprogrammkampagne "Green Identity" bildete bis zum 22. Mai einen wesentlichen Arbeitspunkt. Auf Grund der vorgezogenen Bundestagswahlen wurde beschlossen, diese auf das nächste Jahr zu verlegen, damit wir uns jetzt mit vereinten Kräften dem bevorstehenden Wahlkampf widmen zu können.

Auf dem 30. Kirchentag in Hannover wurde mit der GJ Hannover ein Info-Stand organisiert. Dieser fand im Rahmen der "Markt macht Möglichkeiten"-Aktion statt. Es konnten zahlreiche InteressentInnen und mehrere neue MitgliederInnen geworben werden. Der für dieses Jahr geplante Kongress mit den Jusos muss leider verschoben werden. Nach dem Wahlkampf soll es aber einen neuen Anlauf geben. Auf der Grünen-LDK in Celle wurde vom LaVo ein Sitz im Parteirat der Landespartei erkämpft und auf dem nächsten Parteitag in Buchholz mit Stephan Schilling besetzt. Dort hat er auch bewirkt, dass die Vorstellungen der Landtagsfraktion zu Studiengebühren keine Mehrheit fanden.

## Was plant der Landesvorstand in Zukunft?

Da die Sommer LMV dieses Jahr nicht stattfinden wird, sind als "Ent-

schädigung" zwei Seminare vorgesehen. Die Themen sind an die Wahlkampfthemen des Bundesverbandes gekoppelt. Über diese Themen wird am 25. Juni auf dem Sonderbundesauschuss beraten.

Außerdem steht auch noch der Listenparteitag der Grünen auf dem Programm, wo wir unserem ehemaligen Landesvorständler und Bundessprecher Stephan Schilling auf einen guten Bundestagsplatz verhelfen wollen.

Der Bundestagswahlkampf wird das zentrale politische Thema im Sommer und im frühen Herbst werden. Auf der Seite 15 findet ihr nähere Erläuterungen und Hinweise. Die geplante MitgliederInnenwerbekampagne soll mit der Bundestagswahl verknüpft werden. Weitere Infos findet ihr dann nach dessen Neueinrichtung im Juli wie immer auf der Homepage!

## Wie erreicht Mensch den Landesvorstand???

Die E-Mail-Adressen der Landesvorstandsmitglieder findet ihr auf der vorletzten Seite dieser IGEL-Ausgabe und wenn ihr mehr wissen wollt, geht auf unsere Homepage [www.gj-nds.de](http://www.gj-nds.de). Gerne könnt ihr aber auch in der Landesgeschäftsstelle anrufen (0511 - 126 085 77) und unseren charmant freundlichen und kontaktfreudigen Landesgeschäftsführer Konstantin ganz lieb nach der Telefonnummer eines Vorstandsmitgliedes fragen. Er wird euch mit Sicherheit weiterhelfen, solange ihr zu seinen Geschäftszeiten anruft. E-Mail ist natürlich am sichersten. So habt ihr immer die Möglichkeit, euch persönlich beim Landesvorstand über den aktuellen Stand der Dinge zu informieren oder konkrete Anfragen zu stellen.

**Euer LaVo: Jule, Anna, Jan, Sascha, Lisa und Melchior**



# Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eigene eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!



Die GJBS hat sich in letzter Zeit mit der Bewerbung Braunschweigs zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 sowie mit der Einführung von Studiengebühren beschäftigt. Desweiteren hat es eine Vernetzung mit der Grünen Ratsfraktion in BS stattgefunden, wo die GRÜNE JUGEND nun aktiv in der Ratspolitik mitarbeitet. Als nächstes werden sie sich auf den regionalpolitischen Kongress (mit Jürgen Trittin) und auf den NPD Aufmarsch am 18.06. vorbereiten.  
Kontakt: [www.gj-bs.de](http://www.gj-bs.de)



Die GJH ist zur Zeit höchst aktiv. Unter anderem wurde eine Aktion mit selbstgebauten Käfigen gegen Massentierhaltung und für Vegetarismus/Veganismus in der Hannoveraner Innenstadt organisiert. Auch beim traditionellen 1. Mai Fest auf dem Faust-Gelände zeigte die GJH Präsenz: mit einer Hühnerbefreiungsmaschine wurde Kindern die Problematik der Käfighaltung spielerisch nahe gebracht. Außerdem ist Rebekka Wehrs zur neuen Sprecherin gewählt worden. Geplant wird zur Zeit eine Fahrradtour in den Sommerferien, eine Party mit Live Musik, sowie Seminare zu den Themen Wirtschaftspolitik und Atomenergie.  
Kontakt: [www.gj-hannover.de](http://www.gj-hannover.de)



Die Aktion "Wilhelmshaven zeigt Gesicht gegen Faschismus", über die das letzte mal berichtet wurde, heißt inzwischen "Offene Augen - mutiges Handeln gegen Diskriminierung im Alltag!" und ist mitten in der Umsetzung. Zusammen mit den örtlichen Jusos, dem JuPa und einer wackeren AmnestyInternational-Aktivistin wurden nun schon Fotos von BürgerInnen unserer Stadt geschossen, die u.a. aussagen wollen, dass sie im Alltag auf ihre Mitmenschen achten und eingreifen, wenn es nötig ist. Diese Bilder sollen ab dem 26. Juni in der örtlichen Christus- und Garnisionkirche ausgestellt werden. Leider werden der GJ-WHV im Sommer auf Grund von persönlicher Standortverlagerung viele Mitglieder abhanden gehen (4 von 7). Aber mensch überlegt, ein Wilhelmshaver Jugendpolitikbündnis auf die Beine zu stellen.  
Kontakt: [Succotash@gmx.de](mailto:Succotash@gmx.de)



Die GJ Lüneburg hat die Gründung einer GJ-Ortsgruppe "Lüchow-Dannenberg" mit Hilfe der Grünen vor Ort initiiert. Des Weiteren informierte die Gruppe mit einem Stand in der Innenstadt über Ingrid Betancourt, und sammelte über 150 Unterschriften für ihre Ehrenbürgerschaft in Lüneburg. Auch bei der 3. Fahrradstaffel vom Atom zum Ökostrom "Stromwechsel jetzt!" war die GJ Lüneburg dabei. Die neue Adresse der Homepage lautet: [www.gruene-jugend-lueneburg.de.vu](http://www.gruene-jugend-lueneburg.de.vu)



Momentan befindet sich die GJ Göttingen in der Wahlkampfphase, deshalb wurde das das GRÜNE JUGEND Treffen Dienstags um 18.30 mit der Wahlkampf AG zusammengelegt. Wer also Lust hat Grün bei den Wahlen nach vorne zu bringen, ist herzlich eingedaden!!!!  
Kontaktadresse: [silke.gebel.gruene@gmx.de](mailto:silke.gebel.gruene@gmx.de)





Keinen Fuß breit den FaschistInnen! - Mit diesem Vorsatz machten sich am 7./8.Mai elf AktivistInnen der GJ-Oldenburg auf den Weg nach Berlin. Dort gelang es uns gemeinsam mit Tausenden anderen AntifaschistInnen den Nazi-Aufmarsch zu verhindern und damit klar zu machen, dass 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges in unserer Gesellschaft kein Platz mehr für Rechtsradikale sein darf. Am 10.Juli veranstalten wir unter dem Motto: "Fußball verbindet - Rechtsaußen bleibt draußen!" ein großes antirassistisches Fußballturnier. Neben den Teams der GJ-OL werden dabei unter anderem auch Mannschaften von Attac, der "Cameroon Student Association", sowie verschiedener Schulen teilnehmen, um zusammen ein Zeichen für Toleranz und Weltoffenheit zu setzen.  
Kontakt: [www.gruene-oldenburg.de](http://www.gruene-oldenburg.de)



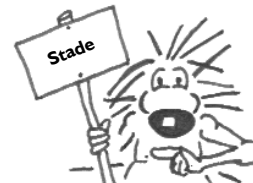
Die GRÜNE JUGEND Wolfsburg arbeitet zusammen mit der GRÜNEN JUGEND Region Braunschweig aktiv an der Anti-Atom-Plakataktion und führte eine große Umfrage zum Thema Rechtsradikalismus in der Wolfsburger Innenstadt durch. Sie wird die Gegendemo am 18.6.2005 unterstützen und verteilte bereits im Voraus Anti-Nazi Aufkleber und den Rechtsextremismus-Flyer der GJN. Die GJW machte außerdem auf die Studiengebührenpläne der CDU/FDP Landesregierung aufmerksam!  
Kontakt: [menuschkhadjavi@web.de](mailto:menuschkhadjavi@web.de)



Die GJ Vechta arbeitet noch immer mit Linkes Vechte, einer Gruppe links eingestellter Jugendlicher, zusammen und plant zur Zeit eine Party zum 25. Jubiläum der Grünen. Der Wahlkampf wird die Gruppe auch beschäftigen, einige Aktionen sind bereits in Planung. Zu der LDK und der BDK haben sie jeweils einen Ersatzdelegiertenplatz ergattern können. Die GJ Vechta will sich in Zukunft kritisch mit der Fleischindustrie vor Ort auseinandersetzen. Es gibt dort zum Beispiel eine Verarbeitungsfabrik, die ihre Abfälle offen in der Mittagssonne stehen lässt. Auf die dadurch entstehende Krankheitsbelastung für die BürgerInnen wird keine Rücksicht genommen.  
Kontakt: [www.gj-vec.de](http://www.gj-vec.de)



Die GRÜNE JUGEND Bramsche plant zur Zeit ein internationales Camp mit der niederländischen GRÜNEN JUGEND DWARS und einer polnischen Gruppe. Letztes Jahr fand der Austausch in den Niederlanden statt, dieses Jahr im Juli ist das Treffen für sechs Tage in Polen und 2006 soll dann das Begnungstreffen in Niedersachsen sein. Weiterhin beschäftigen sich die Mitglieder der GJ Brahmsche mit der Umweltverschmutzung durch den Tonabbau im nahegelegenen Gehrgebirge.  
Kontakt: [miriam.thye@greselius.net](mailto:miriam.thye@greselius.net)



Die GJ Stade hatte jetzt am 19. Mai einjähriges Bestehen und haben am 11.06.05 in ihrem Büro eine kleine Feier gestartet. Sie treffen sich alle 2 Wochen zur Mitgliederversammlung und sind mittlerweile 7 Leute. Die GJ Stade war am 1.06.05 bei Pioneer, einer Saatgutfirma, die gentechnisch veränderte Samen herstellt, und zur Nr. 2 auf dem Globalen Markt zählt. Jetzt geht es los mit Wahlständen, einen hatte die GJ Stade schon zum warm werden.  
Kontakt: [www.gjstade.de.vu](http://www.gjstade.de.vu)



Seit dem Ostersonntag diesen Jahres existiert eine GJ Hameln! Auf dem Felgenfest war sie mit einem Aktionsstand vertreten, der von der Firma BIONADE unterstützt wurde. Außerdem hat sie die Mülltrennung an den Hamelner Schulen überprüft, dessen Ergebnis noch aussteht, und beteiligt sie sich an dem kommenden Geo-Artenschutztag.  
Kontakt: [www.gruene-jugend-niedersachsen.de](http://www.gruene-jugend-niedersachsen.de)







# Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

## Landesgeschäftsstelle

Odeonstraße 4  
30159 Hannover  
Fon: (05 11) 126 085 77  
Fax: (05 11) 126 085 70  
E-Mail: [gjn@gruene-niedersachsen.de](mailto:gjn@gruene-niedersachsen.de)  
Internetadresse: <http://www.gj-nds.de>  
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10  
Geschäftsführung:  
Konstantin Knorr  
E-Mail: [kk@gruene-niedersachsen.de](mailto:kk@gruene-niedersachsen.de)

## Landesvorstand

Melchior Schmidt  
[Melchior.Schmidt@web.de](mailto:Melchior.Schmidt@web.de)  
Langenhagen

Sascha Reckermann  
[sascha.reckermann@t-online.de](mailto:sascha.reckermann@t-online.de)  
Lüneburg

Anna Osterhus  
[anna.o@web.de](mailto:anna.o@web.de)  
Göttingen

Juliane Seibert (Schatzmeisterin)  
[quasselkasper-wasserburg@web.de](mailto:quasselkasper-wasserburg@web.de)  
Langenhagen

Lisa Neubert  
[Schoko\\_keks88@web.de](mailto:Schoko_keks88@web.de)  
Lüneburg

Jan Wienken  
[LHHM05@web.de](mailto:LHHM05@web.de)  
Vechta

## Mitglied im Bundesvorstand

Stephan Schilling (Sprecher)  
[ste.schilling@gmx.de](mailto:ste.schilling@gmx.de)  
Berlin

## IGEL-Redaktion

Sven-Christian Kindler (Koordinator)  
[sven1985@web.de](mailto:sven1985@web.de)  
Hannover

Sarah Zietz (Koordinatorin)  
[Sarahzietz@yahoo.de](mailto:Sarahzietz@yahoo.de)  
Hannover

Jenny Rentsch  
[jenny\\_rensch@hotmail.com](mailto:jenny_rensch@hotmail.com)  
Lüneburg

Thomas Meister  
[LAtreides@aol.com](mailto:LAtreides@aol.com)  
Gifhorn

## Landesschiedsgericht

Helge Limburg (Vorsitzender)  
[Helge.Limburg@web.de](mailto:Helge.Limburg@web.de)

## BA-Delegierte

Tim Rademacher  
[rademacher\\_t@web.de](mailto:rademacher_t@web.de)  
Lüneburg

Anna Osterhus  
[anna.o@web.de](mailto:anna.o@web.de)  
Göttingen

## Junge Grüne bei Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen

Filiz Polat (stellv. Landesvorsitzende)  
[polat@gruene-niedersachsen.de](mailto:polat@gruene-niedersachsen.de)  
Brahmsche

Julia Verlinden (Mitglied im Parteirat)  
[verlinden@gruene-niedersachsen.de](mailto:verlinden@gruene-niedersachsen.de)  
Lüneburg

Adressänderungen mailt bitte an die Landesgeschäftsstelle (s. oben)!

Wichtige Termine, die bei Junggrüns und Altgrüns bald anstehen:

## GRÜNE JUGEND

**08.07.05 16:30-20:00** Ortsverbändertreffen für alle Ortsverbände aus Niedersachsen unter dem Motto "Vorbereitung für die Bundestagswahl" in der Landesgeschäftsstelle

**09.07.05** Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND NRW in Gemünd

**15.07.05** Eröffnung der Wahlkampfzentrale der GRÜNEN JUGEND in Berlin

**01.08.05** Start der Jugendwahlkampftour der GRÜNEN JUGEND

**13.08.05** Hanfparade 2005 in Berlin

**27.-28.08.05** Seminar der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen zu BürgerInnenrechte in Oldenburg

**September 05** Heiße Wahlkampfphase

**09.-11.09.05** Fahrradtour der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen von Bremen nach Hannover

**16.-18.09.05** Tabak - Ein Seminar vom Fachforum Drogen der GRÜNEN JUGEND in Hannover

## Bündnis 90/Die Grünen

**09.07.-10.07.05** 24. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Berlin mit Verabschiedung des Wahlprogramms

**16.07.2005 um 12:00 Uhr** Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Niedersachsen in Hameln mit Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl

**18.09.05 Bundestagswahl!!! (wahrscheinlich...)**

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:

[www.gj-nds.de](http://www.gj-nds.de) (Niedersachsen)

[www.gruene-jugend.de](http://www.gruene-jugend.de) (Bundesverb.)



## Idyllische Stille



### Sicher ist sicher

#### Seminar vom 27.08-28.08.05 in Oldenburg

Wie weit dürfen die Persönlichkeitsrechte der BürgerInnen noch eingeschränkt werden und wie viel haben die BürgerInnen davon, ihre Freiheit bei Vater Staat abgeben zu müssen? Dieser und anderer Fragen werden wir in einem Seminar nachgehen. Mit freundlicher Unterstützung von Hans-Albert Lennartz, Innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion von B'90/Die Grünen. Eine genaue Tagesordnung folgt noch.

### GJN radelt

#### Radtour von Bremen nach Hannover vom 9.09.-11.09.05

Holt eure Fahrrad aus dem Schuppen, pumpt eure Reifen auf und zieht die Bremsen nach. Denn die GJN radelt durch das schöne Niedersachsen. Am Ende wird eine zentrale Wahlkampf-Abschlussveranstaltung mit dem GRÜNE JUGEND Bundessprecher Stephan Schilling stattfinden.

### Hinweise zur Teilnahme an Seminaren

Meldet euch möglichst bald in der Landesgeschäftsstelle für die Veranstaltungen an! Die Teilnahmegebühr wird 10 Euro betragen und auf der Veranstaltung eingesammelt. Bahnkosten werden bis zu 50% des Normaltarifs (BahnCard 50 Preis) erstattet, Gruppentickets & ÖPNV ganz. Benzinkosten nur auf begründeten Antrag! Kostenanträge werden verteilt. Ideen für Seminare und Kongress werden immer gerne vom Landesvorstand entgegen genommen!

## Impressum

### Herausgeberin

GRÜNE JUGEND Niedersachsen  
Odeonstraße 4  
30159 Hannover  
Fon: (0511) 126 085 77  
Fax: (0511) 126 085 70  
E-Mail: info@gj-nds.de  
Web: www.gj-nds.de  
Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 84 31 500  
BLZ: 251 205 10

### Redaktion

Sarah Zietz  
Sven-Christian Kindler  
Jenny Rensch  
Thomas Meister

### Mitarbeit

Juliane Seibert, Karina Baalman, Rebekka Wehrs, Malte Spitz, Daniel George, Alexander Schwanitz und Jan Philipp Albrecht

**Auflage:** 700 Stück

### Layout

Sven Kindler, Jan Philipp Albrecht

### Druck

Akzent Druck Hannover

### Anmerkung

Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den restlichen Inhalt dieser IGEL-Ausgabe ist nur die Redaktion verantwortlich.

